

Ein Drittel Kind Vorsprung



„Kinder bekommen die Leute immer.“ Diese Aussage Konrad Adenauers stimmt nicht mehr. Doch warum ist das so? Sind es nur die momentanen Umstände oder ist das Ideal von einst – Mann, Frau, zwei Kinder – einer neuen Realität gewichen? Kann man den niedrigen Geburtenraten mit entsprechender Familienpolitik gegensteuern und wenn ja, mit welcher? Untersuchungen von Wissenschaftlern um **JAN HOEM** und **GERDA NEYER** am **MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR DEMOGRAFISCHE FORSCHUNG** in Rostock zeigen, dass auch die Wirtschaftslage und kulturelle Trends mit beurteilt werden müssen.

Noch hat sie die Form einer Tanne. Langsam aber mutiert die Figur zu einem Pilz. Aus der Alters-tanne wird ein Alterspilz. Auf den Diagrammen, die die zukünftige Entwicklung der Bevölkerung darstellen, rücken die geburtenstarken Jahrgänge mit der Zeit immer weiter nach oben auf der Altersskala, während die Bevölkerung von unten nur spärlich nachwächst. Im Jahr 2030 wird ein Großteil der Deutschen aus Sechzig- bis Siebzigjährigen bestehen. Heute sind diese Alten von morgen in ihren Enddreißigern und Vierzigern, und in Europa sind sie Spitze: Spitze im Überhaupt-keine-Kinder-Kriegern.

FOTOS: AXEL GRIESCH (3) / DANIELA SCHÄFER (1)

Innerhalb Deutschlands liegt das von Bevölkerungsschwund und Überalterung gezeichnete Mecklenburg-Vorpommern mit an der Spitze im Trend zur Kinderarmut. Welcher Ort wäre passender für eine bevölkerungswissenschaftliche Forschungseinrichtung? Am Rostocker Max-Planck-Institut für demografische Forschung versucht man, den Ursachen des sich ändernden Geburtenverhaltens auf die Spur zu kommen.

SEIT 100 JAHREN GEHT ES BERGAB

Ein Mittel dafür sind Vergleiche zwischen den verschiedenen europäischen Ländern. Auf längere Sicht betrachtet, nimmt sich der Trend in Europa relativ einheitlich aus. Es fällt vor allem die generelle Entwicklung ins Auge: Seit mehr als hundert Jahren sinkt die Geburtenrate. Während gegen Mitte des 19. Jahrhunderts Frauen in Deutschland durchschnittlich noch etwa fünf Kinder zur Welt brachten, pendelten sich die Zahlen mit der Jahrhundertwende auf zwei bis drei Geburten pro Frau ein. Dabei blieb es im Großen und Ganzen bis in die 1960er-Jahre. In jenen Jahren dann kamen so wenige Kinder zu Welt, dass die zusammengefasste Geburtenziffer deutlich unter die Grenze von 2,1 rutschte – und somit unter das Reproduktionsniveau, der Schwelle zur Erneuerung der Generationen. Seitdem hat sich die Geburtenrate in den meisten Ländern Europas nicht mehr erholt.

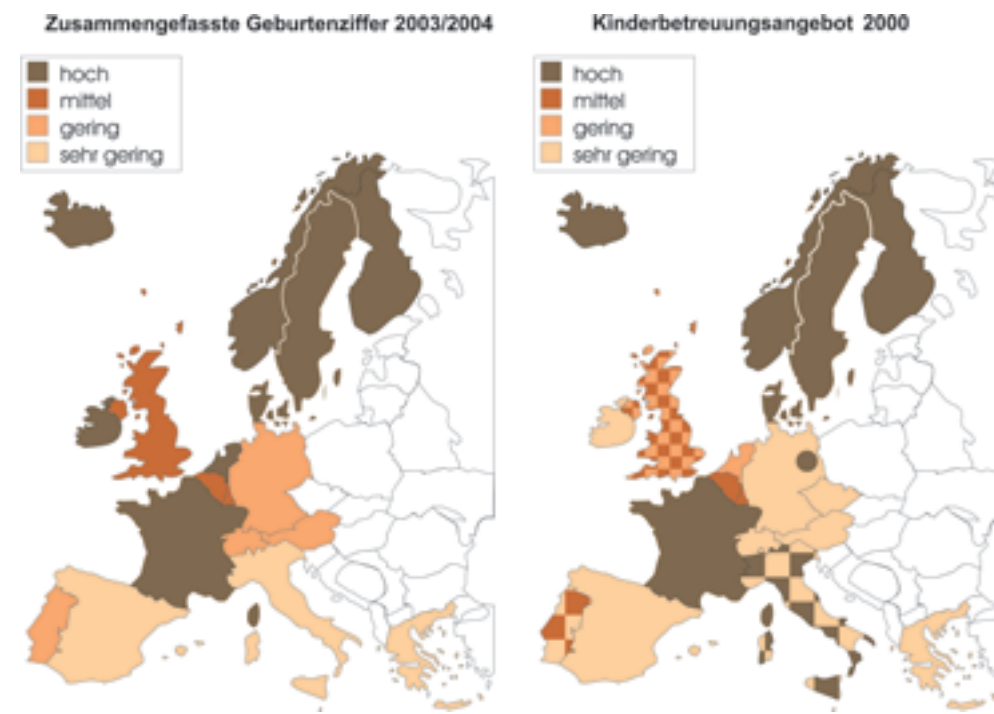
Die niedrige Anzahl an Geburten insgesamt spiegelt sich auch in den Kinderzahlen jener Geburtsjahrgänge wider, die bereits mit der Familienplanung abgeschlossen haben. In Deutschland hatten schon die 1940 geborenen Frauen im Schnitt weniger als zwei Kinder zur Welt gebracht, Frauen der späteren Jahrgänge noch weniger; 1,65 Kinder waren es für jede 1960 geborene Frau. Ähnlich ist die Lage in Italien, Österreich und in Spanien. In Frankreich

und in den nordischen Ländern hingegen liegen die auf den Jahrgang bezogenen Geburtenraten heute nicht weit unter der zur Wahrung der Bevölkerungszahl nötigen Anzahl von 2,1 Kindern pro Frau.

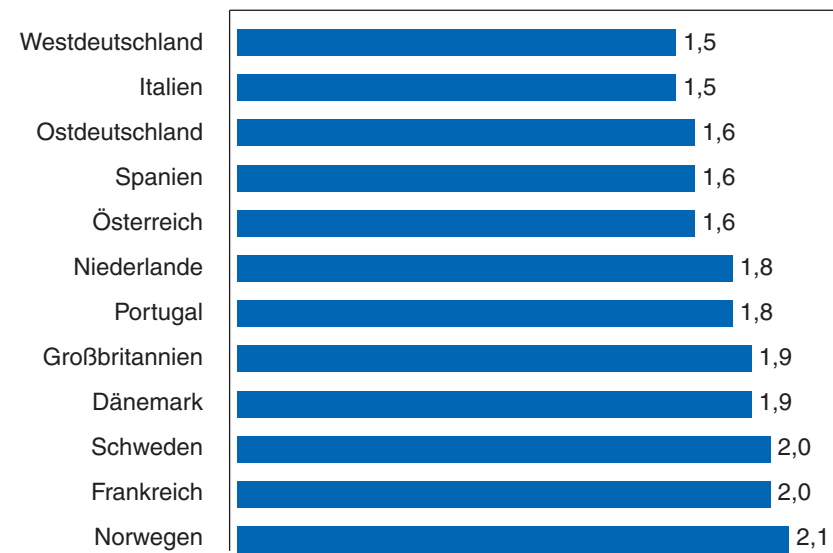
Den Bewegungsmustern der europäischen Geburtenstatistiken mit ihren Trends und Wendemarken, sanften Kurven und abrupten Höhenunterschieden, Beinahe-Parallelen und offensichtlichen Divergenzen gilt das besondere Interesse der Abteilung „Fertilität und Familiendynamik“ am Rostocker Max-Planck-Institut für demografische Forschung. „Warum haben Italiener und Spanier trotz der Dominanz der katholischen Kirche und der familienorientierten Kultur in diesen Ländern so wenig Kinder? Weshalb konnte man in der DDR der 1980er-Jahre bereits eine Angleichung an die Geburtenentwicklung im Westen beobachten – trotz der so unterschiedlichen sozialpolitischen Voraussetzungen? Was geschah in anderen Ländern Osteuropas nach

dem Fall des Kommunismus: Hat dort lediglich eine Angleichung an westliche Standards stattgefunden? Die zusammengefassten Geburtenziffern für diese Länder deuten darauf hin. Andererseits sprechen die vielen Unterschiede, die heute zwischen Ost- und Westdeutschland herrschen, gegen die Annahme, dass sich die Systeme in Bezug auf das Geburtenverhalten aneinander angeglichen haben.“ So fasst Jan Hoem, Leiter der Abteilung und einer der beiden Direktoren am Institut, das gemeinsame Projekt zusammen.

Alle möglichen Faktoren können zur Begründung der nationalen Besonderheiten aufgeführt werden: die Lage am Arbeitsmarkt, kulturelle Prägungen oder aktuelle Trends und Moden im Privatleben wie etwa Veränderungen im Charakter von Partnerschaften oder eine generelle gesellschaftliche Tendenz zur Individualisierung. Am Rostocker Institut untersucht man gezielt einzelne Abschnitte aus diesem Spektrum – zum



Die nordischen Länder sowie Island und Frankreich sind in puncto Kinderbetreuung vorbildlich – eben jene Staaten, in denen auch die Zahl der Geburten deutlich über der in Deutschland liegt.



Die heute 40-jährigen Norwegerinnen waren am gebärfreudigsten: Gut zwei Kinder hat hier durchschnittlich jede Frau des Jahrgangs 1965. Westdeutschland und Italien bilden das Schlusslicht der westeuropäischen Staaten; die Frauen bekommen im Schnitt nur eineinhalb Kinder.

Beispiel den Einfluss von Familienpolitik und wohlfahrtsstaatlichen Institutionen.

Vieles spricht dafür, dass politische und institutionelle Rahmenbedingungen sich stärker auswirken als beispielsweise kulturelle Faktoren. Darauf deuten zumindest Studien zum Geburtenverhalten von Immigrantinnen. Gunnar Andersson, Mitarbeiter der Arbeitsgruppe, die den auf Politik und gesellschaftliche Institutionen bezogenen Ansatz verfolgt, hat – bezogen auf Schweden – verglichen, wie sich Geburtenverhalten und berufliche Eingebundenheit von Zugezogenen im Verhältnis zu den anderen Einwohnern unterscheiden. In Schweden nämlich, wie auch in den anderen nordischen Ländern, sind jene statistischen Daten besonders vollständig vorhanden und für die Forschung zugänglich, die Aufschluss geben über die individuelle Geburtenkarriere.

„Wenn es kulturelle Effekte gibt, die das Geburtenverhalten steuern, dann müssten sich hier eindeutige Muster abzeichnen“, sagte Andersson. Etwa, dass einige Gruppen von Immigrantinnen eher mit den Kin-

dern zu Hause bleiben, statt berufstätig zu sein, weil sie ein konservativeres Familienbild haben. „Aber das“, erklärt Andersson, „stimmt nicht. Wir haben alle möglichen Gruppen von Immigrantinnen untersucht. Und immer wieder hat sich gezeigt: Ihre Familien gleichen denen anderer schwedischer Eltern. Beide Gruppen streben gleichermaßen danach, sich zunächst am Arbeitsmarkt zu etablieren, bevor sie eine Familie gründen.“

VORZEIGELAND SCHWEDEN FÖRDERT GLEICHHEIT

Während innerhalb des Landes die Politik zu einer Angleichung des Familienverhaltens von Zugezogenen und Alteingesessenen geführt hat, treten die Unterschiede zwischen Schweden und anderen europäischen Ländern umso deutlicher hervor. Schweden ist das Land, dessen Geburtenkurve in den vergangenen 20 Jahren die steilsten Ab- und Aufschwünge verzeichnete. Und weil Schweden ein umfassender Wohlfahrtsstaat ist, eine moderne, auf Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau ausgerichtete Politik und

trotz Schwankungen eine hohe Geburtenrate hat, gilt es als Vorzeigeland für die internationale Sozialpolitik. „Universalistisch“ nennen Fachleute das auf individuellen sozialen Rechtsansprüchen basierende und auf soziale Gleichheit hin orientierte schwedische System. Unabhängig vom Familienstatus will es allen Männern und Frauen Erwerbstätigkeit und Elternschaft ermöglichen und die Gleichheit aller fördern.

„Die Rechte des Individuums werden hier über die Förderung der Institution Familie gestellt“, sagt Gerda Neyer, die sich innerhalb der von Jan Hoem geleiteten Arbeitsgruppe vor allem mit Fragen des europäischen Vergleichs beschäftigt. „Seit den frühen 1970er-Jahren wird in Schweden beispielsweise anstelle des in Deutschland üblichen Ehegattensplittings eine Individualbesteuerung praktiziert. Flächendeckende Ganztagsbetreuung für Kinder, flexible Elternzeit-Regelungen, hohes Elterngeld, Anspruch auf Teilzeitarbeit und die Reservierung eines Teils der Elternzeit ausschließlich für Väter gelten als die Erfolgsfaktoren des nordischen Modells.“

Neben dem universalistischen Wohlfahrtsstaat gibt es in Europa den Typus des liberalen und des konservativen Modells. Der liberale Wohlfahrtsstaat, wie er in den angelsächsischen Ländern vorherrscht, zeichnet sich dadurch aus, dass soziale Dienstleistungen nicht durch den Staat, sondern durch den Markt erbracht werden. Ein weiteres Merkmal sind insgesamt reduzierte und bedarfsabhängige Sozialleistungen, die sich auf die Sicherung des absoluten Existenzminimums beschränken.

Im Gegenzug dazu verfolgt der konservative Wohlfahrtsstaat der kontinental- und südeuropäischen Länder das Ideal der Statussicherung für den Einzelnen: Sozialleistungen wie Arbeitslosenbezüge richten sich nach individuellem Verdienst und nach der Höhe der bisherigen Ein-

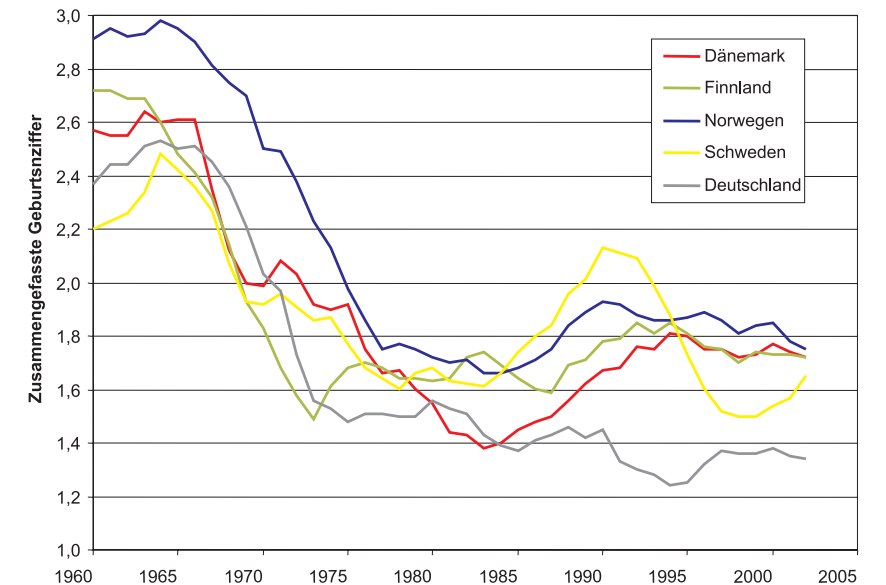
zahlungen in die Sozialversicherung oder hängen vom Familienstand ab. Ehepaare und familiäre Lebensgemeinschaften werden durch Steuererleichterungen, Hinterbliebenenrenten und Mitversicherung der nicht erwerbstätigen Ehefrau in der gesetzlichen Krankenversicherung gefördert.

EIN NEUES LEITBILD MUSS HER

Die Orientierung an dem konservativen Leitbild wird von den Forschern am Rostocker Max-Planck-Institut besonders für Deutschland als Hemmnis auf dem Weg zu einer Steigerung der Geburtenrate betrachtet. „Die deutsche Politik ist geradezu darauf ausgerichtet, Frauen davon abzuhalten, arbeiten zu gehen. Was man in anderen Ländern als altbackenes Ideal betrachtet, ist in Deutschland sogar in der Verfassung festgeschrieben: der Schutz der ehelichen Familie“, sagt Jan Hoem.

Um deutliche Empfehlungen ist der Max-Planck-Direktor nicht verlegen. „Ich glaube, dass deutsche Meinungsführer und Politiker zu einer etwas anderen Interpretation des Grundgesetzes finden müssen. Frauen in der Küche zu halten, das mag vielleicht in den Augen von irgendjemand einen Wert an sich haben. Aber um die Geburtenrate zu steigern, ist es die denkbar ungeeignetste Leitlinie.“ In einer Gesellschaft, in der immer mehr Frauen eine immer bessere Ausbildung erhielten, müsse die Familienpolitik den Wünschen dieser Frauen nach der Vereinbarkeit von Beruf und Familie nachkommen. Tue sie das nicht, werde die Zahl der Frauen, die immer weniger oder gar keine Kinder bekommen, weiter ansteigen.

In der Nachkriegszeit galt es dagegen lange als ausgemacht, dass die Berufstätigkeit der Frauen für den Anstieg der Kinderlosigkeit verantwortlich sei. Man meinte, dass überall dort, wo viele Frauen arbeiteten,



Schweden macht es vor: Die Einführung der so genannten Geschwindigkeitsprämie hat die Zahl der Zweit- und Drittgeburten in den 1980-er Jahren deutlich ansteigen lassen.

die Geburtenzahlen niedrig ausfallen müssten. Später zeigten Erfahrungen vor allem in den nordischen Ländern, dass hier kein zwingender Zusammenhang besteht. Im Gegenteil: Berufstätigkeit kann sogar als Anreiz wirken. Familien, die über das zusätzliche Einkommen der Frau verfügen, können sich Kinder eher leisten. „Man muss zwar zugeben, dass es in den 1970er-Jahren die Tendenz gegeben haben mag, dass berufstätige Frauen wenig Kinder bekamen“, meint Jan Hoem. „Aber wenn Sie heute auf Europa schauen, sehen Sie, dass in all den Ländern, in denen Frauen häufig arbeiten – also vor allem in Skandinavien und in den Benelux-Ländern – auch die Geburtenraten am höchsten sind.“

ERST INDIVIDUALDATEN GEBEN EINBLICK

Welchen Eindruck man bekommt, hängt in hohem Maße von der angewandten Methode ab. Wenn man wirklich Kausalitäten herausfinden will, genügt es laut Hoem auch nicht, Regionen oder Länder miteinander zu vergleichen. Man muss noch eine Stufe runter, auf die indi-

viduelle Ebene, und sich die Lebensverläufe anschauen. „Dazu bedarf es zusätzlicher Daten und einer völlig anderen Methodologie. Aber das Ergebnis ist der Mühe wert; es ist, als ob man vom Schwarz-Weiß- auf Farbfernsehen umschaltet. Alles sieht auf einmal ganz anders aus“, sagt Hoem.

Erst mittels auf Individualdaten basierender Verlaufsstudien nämlich kann man erkennen, ob der Zusammenhang zwischen hoher Frauenerwerbstätigkeit und niedriger Geburtenziffer im konkreten Fall der Tatsache geschuldet ist, dass die erwerbstätigen Frauen wenig Kinder bekommen – oder ob es die Nichtberufstätigen sind, die auf Kinder verzichten.

Auch wenn man auf einer allgemeineren Ebene als jener der Verlaufsstudien bleibt, hängt viel von der angewandten Methode ab. Gewaltige Unterschiede gibt es bereits zwischen zusammengefasster Geburtenziffer und der auf den Geburtsjahrgang der Frauen bezogenen Kinderzahl, der so genannten Kohortenfertilität. Die scheinbar dramatische Entwicklung einer niedrigen Gebur-

tenrate relativiert sich, wenn man die vollendeten Geburtenzahlen der betreffenden Jahrgänge in den Blick nimmt: Sie sind überraschend konstant. Was als jäher Einbruch zu einem bestimmten Zeitpunkt erscheint, erklärt sich zum Teil einfach damit, dass eine Generation von Frauen viel später damit beginnt, Kinder in die Welt zu setzen. Frauen aus Italien, den Niederlanden, Spanien und Schweden werden derzeit erst im Alter von 28 oder 29 Jahren Mutter, während das Durchschnittsalter bei der Erstgeburt in den 1970er-Jahren bei 24 bis 25 Jahren lag.

Verlaufsstudien machen nicht nur deutlich, wie dicht Geburten aufeinander folgen. Sie können zum Beispiel auch zeigen, inwieweit ein solcher Geburtenaufschub mit Änderungen im Ausbildungs- oder Erwerbsverhalten von Frauen verbunden ist. Oft geht man davon aus, dass akademisch ausgebildete Frauen weniger Anreiz haben, Kinder zu bekommen. Da sie in aller Regel ein vergleichsweise hohes Einkommen beziehen, würden sie während der Elternzeit größere finanzielle Einbußen als ihre schlechter verdienenden Geschlechtsgenossinnen erleiden. Es sei denn, sie blieben während der Erziehungsperiode voll berufstätig.

DER JOB BESTIMMT DIE KINDERZAHL

Neue Forschungen, an denen Jan Hoem, Gerda Neyer und Gunnar Andersson beteiligt waren und die auf schwedischen Daten basieren, weisen sogar darauf hin, dass weniger der Bildungsgrad als vielmehr die Ausbildungsrichtung dafür ausschlaggebend ist, wie viele Kinder eine Frau zur Welt bringt. Frauen, die einen Abschluss in den Bereichen Unterricht oder Gesundheit haben, gebären demnach durchschnittlich mehr Kinder und sind weniger häufig kinderlos als Frauen, die eine Ausbildung in einem Verwaltungs-

bereich, in den Sozialwissenschaften oder in der Wirtschaft haben – unabhängig vom Level ihrer Ausbildung.

Nicht immer jedoch gelingt es der Forschung, mit gängigen Irrmeinungen aufzuräumen. Zuweilen geben ihre Ergebnisse selbst Anlass zu solchen. So wurde in letzter Zeit häufig mit Verweis auf wissenschaftliche Studien behauptet, dass eine Verbesserung der Kinderbetreuung in Deutschland keine Auswirkung auf die Geburtenraten hätte. Dies ist das – scheinbare – Fazit einer Studie, die Michaela Kreyenfeld vor einiger Zeit zusammen mit einem Max-Planck-Kollegen veröffentlicht hat. Sie selbst ist mit dieser Interpretation ihrer Ergebnisse alles andere als zufrieden: „Wenn sich in unseren und in anderen Studien kein nennenswerter Zusammenhang zwischen der Versorgung mit Kinderbetreuung, Frauenerwerbstätigkeit und Geburtenentwicklung nachweisen lässt, dann ist das nicht weiter überraschend.“

Schließlich sei selbst in solchen Regionen, in denen es um die Versorgung mit Betreuungsplätzen relativ gut stehe, das Angebot vor allem an Ganztagsplätzen dennoch so beschränkt, dass mögliche Eltern nicht wirklich auf eine unproblematische Vereinbarkeit von Kind, Familie und Beruf setzen könnten. „In der Zei-

tung wurde das leider öfter so wiedergegeben, als hätten wir den wissenschaftlichen Nachweis erbracht, die Bundesregierung könne getrost auf den geplanten Ausbau der Krippenbetreuung verzichten“, sagt Michaela Kreyenfeld.

Generell wird immer wieder bezweifelt, dass gezielte politische Maßnahmen überhaupt einen Einfluss auf die Geburtenrate haben können. Die Skepsis ist verständlich. Aber sie wird durch viele Beispiele widerlegt. In Schweden etwa wurde in den 1980er-Jahren die „Geschwindigkeitsprämie“ eingeführt – für Mütter, die innerhalb von etwa zwei Jahren nach einer Geburt ein weiteres Kind zur Welt bringen. Frauen, die nach ihrem ersten Kind auf Teilzeitbeschäftigung heruntergehen oder ganz aussetzen, erhalten in diesem Fall nach der Geburt eines zweiten Kindes ein Erziehungsgeld, das auf der Basis ihres Einkommens in der noch kinderlosen Zeit berechnet wird.

Diese Maßnahme hat sich deutlich bemerkbar gemacht: Zweit- und Drittgeburten sind in Schweden in der Folge deutlich gestiegen und haben sogar dazu beigetragen, dass die zusammengefasste Geburtenziffer zeitweilig über das Reproduktionsniveau von 2,1 anstieg. Ein weiteres Beispiel: In Österreich hat man in

den 1990er-Jahren die Elternzeit auf insgesamt zwei Jahre ausgedehnt. Wie in Schweden hat diese neue Regelung dazu geführt, dass die weiteren Geburten vorgezogen wurden. Allerdings blieb eine langfristige Steigerung der Geburtenrate aus.

WIRKUNGEN ÜBERRASCHEN DIE POLITIK

Manchmal, das zeigen die Fallbeispiele, sind Veränderungen im Geburtenverhalten nur Übergangseffekte. Oft sind sie aber auch die Auswirkungen von Regelungen, die zu ganz anderen Zwecken eingeführt wurden. In Dänemark zum Beispiel konnte man in der zweiten Hälfte der 1990-er Jahre ein Jahr Bildungsurlaub nehmen. Wie sich später herausstellte, wurde diese Karenzzeit von vielen Frauen als Babyjahr benutzt, obwohl die Regelung dafür gar nicht explizit vorgesehen war. In Schweden war es eine Regelung zur Gleichberechtigung der Geschlechter, die überraschende Wirkungen zeigte: Ein Teil der Elternzeit wurde an den Vater gekoppelt und verfiel, wenn dieser ihn nicht in Anspruch nahm. Der durch Studien belegte Effekt: Schwedische Familien, in denen der Vater einen Teil der Elternzeit beim ersten Kind in Anspruch nahm, bekamen eher ein zweites Kind als solche, in denen der Vater keine Elternzeit beantragte.

Auch wenn es eindeutige Zusammenhänge zwischen Politik und Geburtenverhalten gibt, ist Steuerung schwierig. „Politiker hätten so etwas natürlich gern: eindeutige Handlungsempfehlungen“, sagt Gerda Neyer. „Aber es ist eine falsche Erwartung, dass eine einzelne Maßnahme, die man plant, immer sofort wirkt. Vielleicht wirkt sie nur für bestimmte Gruppen oder unter bestimmten Umständen. Oder vielleicht bewegt sie ganz woanders etwas als beim Geburtenverhalten.“

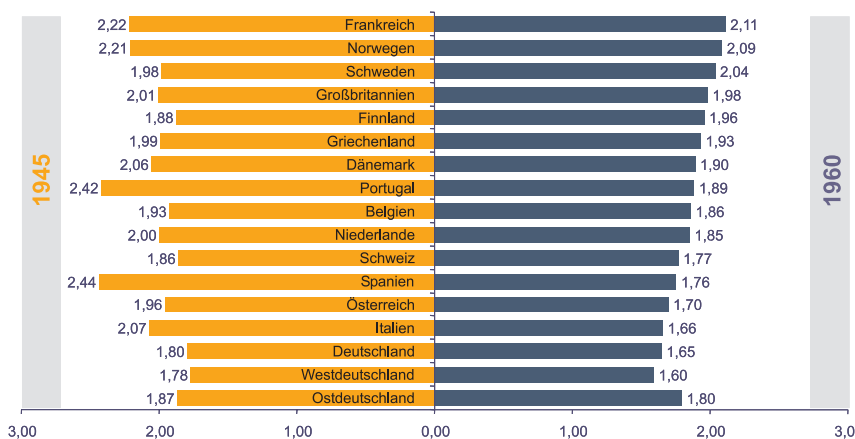
Die Forscher am Rostocker Max-Planck-Institut für demografische

Forschung sind deshalb auch gespannt, wie sich ein neues Vorhaben der Bundesregierung auswirken würde; Familienministerin Renate Schmidt hat die Erhöhung des Erziehungsgeldes auf Einkommensniveau ins Gespräch gebracht. In den nordischen Ländern hatten ähnliche Maßnahmen vor rund 20 Jahren Früchte gezeigt. 1978 wurde in Norwegen das Elternzeit-Geld an das individuelle Einkommen angepasst, zur selben Zeit stieg die Zahl der Zweit- und Drittgeburten. 1982 wurde eine ähnliche Regelung in Finnland geschaffen, und auch hier zog die Geburtenziffer an. Ähnliches passierte 1984 in Dänemark. Anders jedoch verhielt es sich 1974 in Schweden: Eine Erhöhung des Elterngeldes auf beinahe das Niveau des Einkommens vor der Geburt führte damals nicht zu einem Kurswechsel der sinkenden Geburtenrate.

In Deutschland, meint Gerda Neyer, hinge die Wirkung bei der Einführung eines einkommensabhängigen Elterngeldes auch von seiner Ausgestaltung und seinem Kontext ab. Wird die Höhe des individuellen Einkommens oder das Familieneinkommen zu Grunde gelegt? Wie lange und wie flexibel gestaltet sich die Elternzeit? „Entscheidend wird sein, ob Elterngeld und Elternzeit eine Kinderbetreuung ermöglichen, die nicht zu großen Einkommensverlusten führt und auch nicht die Erwerbstätigkeit oder Ausbildung gefährdet“, sagt Neyer.

Und Jan Hoem ist überzeugt: „Eine ganze Kultur muss aufgebaut werden. Deutschland steht eine Diskussion bevor, die in den nordischen Ländern bereits vor 40 Jahren stattgefunden hat.“ Ein Drittel Kind pro Frau haben die Deutschen gegenüber den Schweden aufzuholen – und das reicht nur, wenn sich diese in der Zwischenzeit keine anderen politischen Schachzüge einfallen lassen, um ihre Geburtenrate auch zu steigern.

RALF GRÖTKER



In Spanien klappt die größte Lücke: Die heute 60 Jahre alten Frauen haben durchschnittlich 2,44 Kinder – ihre 45-jährigen Geschlechtsgenossinnen nur noch 1,76.